

Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2021 ff. ergänzt um die Stellungnahmen der Verwaltung und die Beschlüsse des Finanzausschusses am 22.12.2020

Stand: 22.12.2020

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
1.	Bündnis 90/Die Grünen/ Linke	Filmclub Cinema Das VZL ist bisher für die Stilllegung vorgesehen, Informationen über eine definitive Standortentscheidung liegen bisher nicht vor. Daher beantragen wir, dem ehrenamtlichen Filmclub kurzfristig eine verlässliche Perspektive zu geben. Hierzu soll die Verwaltung bis zum Beschluss über den Haushalt 2021 und dann wieder im nächsten Kultur- und Sportausschuss berichten.	Der Filmclub leistet sehr engagierte Arbeit und hat bei seinen Vorstellungen einen wesentlich besseren Zuspruch als alle Vorgängerorganisationen, die sich darum bemüht hatten, das Kino in Neustadt zu erhalten. Durch die Corona-Krise konnte/kann der Filmclub über längere Zeiträume keine Vorstellungen anbieten. Zudem dürfen aufgrund der Abstandsregelungen nur sehr wenige Zuschauer*innen teilnehmen. Gerade angesichts der gegenwärtigen schwierigen Bedingungen ist es für den Filmclub sehr wichtig, zu klären, wo dessen Arbeit künftig stattfinden soll.	40 Bildung	Die Stadt Neustadt hat mit dem Filmclub eine Vereinbarung über das Raumkostenbudget geschlossen. Die Laufzeit der Vereinbarung endet am 31.12.2022. Miete ist für die Nutzung nicht zu zahlen. Weitere konkrete Informationen über die weitere Entwicklung des VZL liegen im FD 40 nicht vor. Die Kostenindikation für eine Sanierung des VZL liegt auf Basis der bundesweiten Datenbank "Baukostenindex" bei etwa 6 Millionen Euro. Diese Grobschätzung berücksichtigt 5 % Baukostensteigerung und 25 % Nebenkosten, jedoch keine Kosten für Altlasten und Entsorgung. Des Weiteren liegt dieser Schätzung zugrunde, dass keine räumlichen Umnutzungen vorgesehen werden. Verbindliche Zahlen sind nur mit einem vollständigen Sanierungsgutachten unter Beteiligung der entsprechenden Fachplaner zu erlangen.	einstimmig beschlossen
2.	Bündnis 90/Die Grünen/ Linke	Stadtbibliothek Es ist wichtig, dass das Ziel, die Stadtbibliothek für alle Neustädter*innen gut erreichbar in der Innenstadt unterzubringen, zügig weiter verfolgt und umgesetzt wird. Daher beantragen wir, hierzu bis zum Beschluss über den Haushalt 2021 zu berichten und die Gremien bis zum 30.03.2021 mit Vertragsentwürfen zu befassen.	Es ist wichtig, dass die Stadtbibliothek schnellstens das Provisorium Bürgersaal wieder verlassen kann. Die dortigen räumlichen Bedingungen sind für Nutzer*innen und Mitarbeiterinnen unzulänglich. Gerade in dieser Zeit der Coronakrise zeigt sich, dass die provisorische Bibliothek Angebote wie in anderen Städten (Vorbestellung und Ausleihe über einen Schalter, automatisierte Bücherrückgabe) nicht leisten kann. Dazu haben wir länger nichts von der Verwaltung gehört.	40 Bildung	Dem von der Fa. Rahlfs beauftragten Planungsbüro wurden Informationen zur TGA (techn. Gebäudeausstattung) zur Verfügung gestellt. Im Januar 2021 soll diesbezüglich mit der Fa. Rahlfs ein weiterer Austausch stattfinden.	einstimmig beschlossen
3.	Bündnis 90/Die Grünen/ Linke	Fortsetzung der Maßnahme "Blühflächen für Biodiversität und gegen Nitrat im Grundwasser" Wir beantragen, die Einstellung von 20.000 € für die Fortsetzung der Maßnahme: Anlage artenreicher mehrjähriger Blühflächen. Mit der geforderten Summe soll das 2020 begonnene Projekt „Blühflächen für Biodiversität und gegen Nitrat im Grundwasser“ fortgesetzt werden. In Kooperation und Vereinbarungen mit Landwirten können diese Mittel auch als Kompensation für Mindererträge bzw. stillgelegte Ackerflächen eingesetzt werden.	In den letzten Jahren ist der Bestand an Insekten erheblich zurückgegangen. Die Ergebnisse verschiedener Studien und Forschungen kommen auf einen Rückgang von Fluginsekten um 75%. Pflanzen sind auf die Bestäubungshilfe der Insekten angewiesen. Die Blühflächen vergrößern die Zahl der Arten und der Population von Insekten in hohem Maße. Der Nitratreintrag in das Grundwasser wird im Bereich der Blühflächen stark gemindert. Die Realisierung in Trinkwassergewinnungsgebieten erscheint besonders sinnvoll. Neustadt fördert die Biodiversität und Artenvielfalt für ein lebens- und liebenswertes Neustadt und verbessert die Qualität des Grundwassers.	67 Stadtgrün	Die 20.000 € sollen, wie vertraglich vorgesehen, als Zuschuss an den Wasserverband Garbsen-Neustadt zur Fortführung des Blühflächenkonzeptes "Kooperation Trinkwasserschutz" ausgezahlt werden.	einstimmig beschlossen
4.	Bündnis 90/Die Grünen/ Linke	Erhöhung des Kulturfördertopfes Der Kulturfördertopf soll um 10.000 € erhöht werden	Die Fördermittel für kulturelle Projekte wurden in den Vorjahren gekürzt. Im Jahre 2020 ist der Fördertopf fast ausgeschöpft worden. Für 2021 ist damit zu rechnen, dass viele Kulturinitiativen bei geringer werdenden Infektionszahlen neue Aktivitäten starten und dass finanzielle Mittel wegen der Einbußen durch Lockdown etc. nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Daher beantragen wir den Fördertopf um 10.000 € aufzustocken.	40 Bildung	Die Aufstockung des Kulturfördertopfes wird seitens der Verwaltung ausdrücklich begrüßt.	einstimmig beschlossen (s.a. Ausführungen zur lfd. Nr. 33)
5.	Bündnis 90/Die Grünen/ Linke	Verbesserung der räumlichen Situation Obdachlose Wir beantragen, im Haushalt 2021 Mittel i.H.v. 25.000 € für Planungen zur Verbesserung der räumlichen Bedingungen in der Moordorfer Straße für Obdachlose einzustellen. Die Stadtverwaltung soll den JuSA dazu informieren.	Die Stadt Neustadt a. Rbge. betreibt als wesentliche Unterkunft für obdachlos gewordene Menschen eine Unterkunft an der Moordorfer Straße. Dabei ist insbesondere das Obdachlosenheim für Singles und Nicht-Sesshafte stark in die Jahre gekommen und bietet keine wirklich angemessene Unterkunft. Wie zuletzt im Zuge der Planungen der Landeshauptstadt Hannover ausführlich in der HAZ dargestellt, ist die Qualität der Unterkunft und der Betreuung ein wesentlicher Punkt, um den betroffenen Menschen einen Weg in ein selbstbestimmteres und möglichst auch selbstständiges Leben ohne öffentliche Hilfe in dem bisherigen Maße zu ermöglichen. Daher beantragen wir, im Haushalt 2021 die Planung für eine neue, zeitgemäße Obdachlosenunterkunft einzustellen. Die Verwaltung wird gleichzeitig gebeten, ihre Vorschläge dazu im nächsten JuSA nach der Haushaltsverabschiedung vorzustellen.	50 Soziales	Beide Anträge (lfd. Nr. 5 und 34) beziehen sich auf die Obdachlosenunterkünfte „Moordorfer Straße“. Zu differenzieren ist insofern, als die 24 Wohnungen in den Objekten Moordorfer Straße 5, 7, 9 und 11 vom Bauverein Neustadt a. Rbge. angemietet sind; der Mietvertrag wurde Ende 2019 für fünf weitere Jahre verlängert. Die Schlichtunterkunft Moordorfer Straße 13 dagegen ist städtisches Eigentum. Dort gibt es 20 Einzelzimmer, wovon eines als Hausmeisterbüro und eines als „Frauendurchreise“ genutzt wird, und 8 Doppelzimmer, wovon eines als „Männerdurchreise“, eines als Lager und ein weiteres ebenfalls als „Frauendurchreise“ dienen. Jeder Bewohnerin bzw. jedem Bewohner steht eine Toilette in den vier Gemeinschaftsanlagen zur Verfügung. Zu jeder der vier „Relings“ gehört eine Gemeinschaftsdusche sowie eine -küche. Dies vorausgeschickt wird unterstellt, dass die Anträge darauf gerichtet sind, die Wohnverhältnisse in der Unterkunft „Moordorfer Straße 13“ zu verbessern. Eine Beschreibung der Wohnbedürfnisse in „qualitativer“ Hinsicht sollte durch den FD 52 erfolgen. Soweit es um die mengenmäßige Inanspruchnahme geht, kann bestätigt werden, dass die Anzahl der Zimmer in der Regel ausgereicht hat. Ein ausreichender Leerstand ist für akute „Notfälle“ verfügbar gewesen.	mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen
6.	Bündnis 90/Die Grünen/ Linke	Solardächer für städtische Parkplätze Die Stadt prüft über die stadteigenen Wirtschaftsbetriebe, die Errichtung von Solardächern und Ladesäulen über geeigneten städtischen Parkplätzen als Leuchtturmprojekt. Als große Projekte bieten sich die Parkplätze vor den Schulen und dem Balneon an. Eine Kooperation mit den städtischen Betrieben erscheint sinnvoll. Eine Bürgerbeteiligung ist zu prüfen, weil Solarprojekte gut kalkulierbar sind. Für ein Projektvolumen von 600.000 € werden als Eigenkapital 200.000 € vorgesehen. Folgende Beispiele sollen als Anregung für die Ausführung dienen: https://www.primesolar.eu/shop/solarcarport-fuer-6-stellplaetze-mit-176-kwpes-leistung/ https://www.wallbe.de/wallbe-sun4charge/ http://www.deutsche-solarunion.de/solarcarports-kostenlos.html	Die Erwärmung der Erde übertrifft die kühnsten Prognosen. Steigende Kosten für Schäden durch Extremwetter überfordern schon heute manche Volkswirtschaften und treffen auch Neustadt bereits in hohem Maße. Land- und Forstwirtschaft und Tourismus leiden. Die Weltgesundheitsorganisation hat den Klimawandel als größtes Risiko für die Gesundheit des Menschen bezeichnet. Hauptursache sind die hohen Emissionen von klimawirksamen Gasen bei der Nutzung der fossilen Energieträger. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist dringend und erfordert einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien und der Elektromobilität. Die Überdachung von bestehenden Parkplätzen kann konfliktarm große Flächen für die Erzeugung von Solarstrom bereitstellen. Pro Stellplatz kann dabei jährlich Strom für mehr als 25 000 Km erzeugt werden. Die Einnahmen aus der Einspeisevergütung und dem Stromverkauf über die Ladesäulen können die Baukosten neutralisieren und im günstigen Fall Einnahmen generieren. Die Stadt handelt im Interesse ihrer Kinder, folgt ihrem Leitbild und erschließt ihr Potential an erneuerbaren Energien und geht mit einem Model zur Nachahmung im privaten Bereich voran.	66 Tiefbau	Die Stadtverwaltung wird mit den Wirtschaftsbetrieben zwecks Prüfung Kontakt aufnehmen.	Herr Lindenmann zieht Teile des Antrags zurück (s. durchgestrichenen Text des Antrags). Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
7.	Bündnis 90/Die Grünen/Linke	<p>Schutz der Artenvielfalt und Biodiversität</p> <p>1. Schaffung einer Personalstelle befristet für 2 Jahre</p> <p>1 a) Schaffung einer Personalstelle (EG9c) für Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (60%) befristet für 2 Jahre</p> <p>1 b) Anteilige Personalstelle Sicherstellung bzw. Unterstützung von Maßnahmen zur Instandhaltung und Instandsetzung an Außenanlagen städtischer Immobilien (40%)</p> <p>2. Einstellung von 50.000 10.000 € zur Fortsetzung und Ausweitung der Maßnahmen für Artenvielfalt und Biodiversität</p>	<p>1.a) In den vergangenen Jahren sind in Deutschland Entwicklungen wie die Abnahme der Bestandszahlen vieler Vögel, Insekten und anderen Arten der Kulturlandschaft festgestellt worden. Die Stadt Neustadt a. Rbge. ist 2017, um zum Erhalt der Artenvielfalt beizutragen, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ beigetreten. Die Ziele dieses Bündnisses bestehen u.a. im Erhalt von naturnahen Flächen im Siedlungsbereich, in der naturnahen Pflege kommunaler Grünflächen und dem Aufbau von Biotopverbundsystemen. Die Verwaltung arbeitet daran, die Verpflichtung, die sich daraus ergibt, auf verschiedenen Ebenen mit Leben zu füllen. Es zeigt sich jedoch, dass insbesondere für die Umsetzung und Kontrolle von Maßnahmen, die über die verpflichtenden Kernaufgaben (z.B. Anlage und Pflege der Öffentlichen Grünflächen, Planung und Kontrolle von Kompensationsflächen) im Bereich Biodiversitätsförderung hinausgehen, keine personellen Kapazitäten verfügbar sind. Insbesondere sollte die Stadt Neustadt a. Rbge. in Zukunft verstärkt geförderte Maßnahmen (z.B. über die Biodiversitätsrichtlinie der Region Hannover oder über europäische Fonds wie ELER) umsetzen. Hauptsächlich sollen dadurch dauerhafte Strukturelemente wie artenreiches Grünland, Gehölzstreifen oder Kleingewässer in die Kulturlandschaft eingebracht werden, von denen viele Tier- und Pflanzenarten profitieren. Die Aufgabe soll innerhalb des Fachdienstes Stadtplanung angesiedelt sein, bei dem bereits eine Vollzeitstelle im landschaftsplanerischen Bereich besetzt ist. Während die vorhandene Stelle einen planerischen, konzeptionellen Schwerpunkt hat, sollte der/die neue Mitarbeiter*in zwar auch an der Maßnahmenplanung beteiligt, aber schwerpunktmäßig mit der Maßnahmenausschreibung, -ausführung, -kontrolle, und -abstimmung mit Landwirten etc. betraut sein. Die Beantragung der Förderung, die Umsetzung und Kontrolle der geförderten Projekte in Kooperation mit dem vorhandenen Landschaftsplaner wäre eine wichtige Aufgabe der neu einzustellenden Person. Zudem soll sie etwa bei der Ausschreibung oder Überprüfung der Pflege auch zum Gelingen der Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft in Neustadt beitragen. Eine Unterstützung bei weiteren grünpflegerischen Aufgaben wie der Baumkontrolle ist in geringem Umfang bei entsprechender Eignung denkbar.</p> <p>1.b) Weiterhin sollen von der Stelle dringend benötigte Personalkapazitäten für Maßnahmen zur Instandhaltung und Instandsetzung an Außenanlagen städtischer Immobilien zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört die Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Abrechnung von Baumaßnahmen, unter Einbindung anderer an der Planung Beteiligter, besonders unter den Maßgaben der biologischen Vielfalt, sowie die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel für den übertragenen Aufgabenbereich unter Berücksichtigung gesetzter Prioritäten. Die Personalkapazität wird nötig, da die im Fachdienst Immobilien vorhandene Stelle des Landschaftsplaners mittlerweile zu 100% durch die anstehenden und im Bau befindlichen Neubaumaßnahmen gebunden ist.</p> <p>Die neue, anteilige Stelle soll die gefahrlose Benutzbarkeit der städtischen Außenanlagen an Gebäuden (Schulen, Kitas, Feuerwehren etc.) rechtskonform sicherstellen.</p> <p>2. Ausdrücklich zu betonen ist, dass eine Ausweitung der Durchführung geförderter Maßnahmen für die Biodiversität neben Personal auch eine kontinuierlich wachsende Bereitstellung städtischer Flächen für den Naturschutz und – für die dauerhafte Pflege der Biotope – parallel eine kontinuierlich zunehmende Bereitstellung städtischer Gelder für die Planung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen erfordert.</p>	61 Stadtplanung	Der Antrag wurde mit der Verwaltung abgestimmt. Er wird seitens der Verwaltung unterstützt.	Herr Lindenmann ändert den Antrag insofern, dass die Stelle für 2 Jahre befristet ausgeschrieben werden soll und die Mittel zur Fortsetzung und Ausweitung der Maßnahmen für Artenvielfalt und Biodiversität auf 10.000 EUR reduziert werden sollen.
8.	Bündnis 90/Die Grünen/Linke	<p>Kampagne für vorbildliche Gärten</p> <p>Eine Kampagne für Gärten, die der Natur Raum zur Entfaltung lassen ist sinnvoll um ein Zeichen gegen den Trend zu immer mehr Schottergärten zu setzen. Als Teil der Kampagne wird ein Wettbewerb „vorbildliche Gärten gegen Schottergärten“ gestartet und ein Haushaltsansatz von 3000 € für das Thema eingestellt. Darin enthalten ist ein Preisgeld von 1500 € für die Auslobung eines Wettbewerbs und 1500 € für die Bewerbung und Durchführung der Maßnahme.</p> <p>Die Ortsräte sind einzubeziehen.</p>	Auch wenn Schottergärten verboten werden, ist ja noch nicht viel erreicht. Wir leben im Zeitalter des 6. Massenaussterbens der Schöpfung. Viele Gärten sind großzügig gepflastert, mit sterilen Rasenflächen, Friedhofs-, Anstands- und Abstandsgrün und vor allem mit Stiefmütterchen geziert.	01 BGM	Derzeit gibt es keine Personalkapazitäten bei 01 für ein solches Projekt. Die neue Klimaschutzmanagerin beginnt erst im April 2021 im Bürgermeisterreferat. Denkbar wäre deshalb ein solches Projekt erst in 2022.	Herr Lindenmann ergänzt den Antrag um die Einbeziehung der Ortsräte.
9.	Bündnis 90/Die Grünen/Linke	<p>Wettbewerb für Bauwillige: Bauen mit der Sonne</p> <p>Die Stadt schreibt einen Wettbewerb zum Thema Bauen mit der Sonne für Bauwillige aus, der mit einem Preisgeld von 3000€, 2000€ und 1000€ für die Plätze 1-3 ausgeschrieben wird.</p> <p>Die Aufgabenstellung lautet:</p> <p>1. architektonische Lösungen zur Klimatisierung und Belichtung von Wohnräumen mit dem Tages- und Jahreslauf der Sonne, und</p> <p>2. architektonische und funktionelle Einbindung von Photovoltaik und Solarthermie mit Speicher und Anbindung der Elektromobilität in Bauten zu präsentieren.</p> <p>3. die Wahl der Baumaterialien erfolgt nach der Treibhausgasbilanz der Baustoffe bei der Produktion und über die Nutzungszeit. Ziele sind Gebäude mit hohem Wohnkomfort, gleichmäßiger Temperierung und Belichtung, geringem Energieverbrauch und hohem Maß an Eigenversorgung mit Energie für Strom, Wärme und Mobilität mit weitgehender Unabhängigkeit von externen Energiequellen durch die Nutzung der Sonnenenergie mit „schlanker“ Technik. Die Bilanz der Treibhausgasbelastung beim Bau und bei der Nutzung soll minimiert werden. Die Wirtschaftlichkeit wird durch niedrige Betriebskosten erreicht und nachgewiesen.</p> <p>Die Ortsräte sind einzubeziehen.</p>	Wir leben in einer Zeitenwende. Die EU hat klimaneutrales Wohnen zum Entwicklungsziel gesetzt. Fossile Energien müssen ersetzt werden. Die Photovoltaik (PV) ist die preiswerteste Art der Stromerzeugung geworden. Mit der Speichertechnik werden erneuerbare Energien verlässlich. Die Elektromobilität steht vor dem Durchbruch. Zusammen mit modernen hocheffizienten Baustandards werden in den zentralen Handlungsfeldern des kommunale Klimaschutzes zukunftssichere Lösungen realistisch. Das klimaneutrale Wohnen ist wirtschaftlich umsetzbar. Der Architektur kommt in dem Wandel eine zentrale Rolle zu.	01 BGM	Ein solcher Wettbewerb könnte mit der Klimaschutzagentur der Region Hannover durchgeführt werden, da das Team dort über das nötige Knowhow verfügt und Kampagnenerfahrung hat. Eventuell würde sich jedoch der finanzielle Bedarf erhöhen, da für die Agentur auch Kosten anfallen.	Herr Lindenmann ergänzt den Antrag um die Einbeziehung der Ortsräte.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
10.	UWG	Uferbefestigung Mühlenbrücke Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine geeignete Uferbefestigung, westliches Ufer an der kleinen Leine/Mühlenkanal unter der Mühlenbrücke, erstellen zu lassen. Die erhöhte Uferbefestigung sollte sich möglichst optisch der Umgebung anpassen. Haushaltsmittel sind in auskömmlicher Höhe zu beziffern und Höhe von 10.000 EUR in den Haushalt 2021 einzustellen.	Die Uferbefestigung unterhalb der Mühlenbrücke liegt sehr viel tiefer als im gesamten Verlauf der kleinen Leine. Es kommt dadurch häufig zu Überflutungen des Abschnittes unter der Brücke. Der Weg als Nord-Südverbindung für Radfahrer und Fußgänger muss durch die Überflutungen an vielen Tagen gesperrt werden. Durch die Schlammüberspülungen muss der Weg danach immer wieder gereinigt werden. Durch eine erhöhte Uferbefestigung wäre der Weg sehr viel öfter im Jahr benutzbar.	67 Stadtgrün 66 Tiefbau	Grundstückseigentümer für das Flurstück, auf dem sich der Weg und das Gewässer befinden, ist die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV), so dass die Stadt Neustadt hier zunächst keine Handhabe zur Ufersicherung hat. Möglichkeiten zur Ufersicherung müssten zudem im Einklang mit der Landschaftsschutzgebietsverordnung LSG-H 54 stehen. Des Weiteren ist die Aufwertung/Befestigung des Uferweges als Maßnahme im Förderantrag InSEK enthalten. Vor einer Bearbeitung/Prüfung ist zunächst der Förderentscheidung abzuwarten.	Frau Itrich konkretisiert den Antrag insofern, dass Haushaltsmittel in Höhe 10.000 EUR eingestellt werden sollen. Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.
11.	UWG	Neupflanzungen Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, dass bei Anpflanzungen durch die Stadt der Klimawandel berücksichtigt wird. Es sollen deshalb Pflanzen und Bäume angepflanzt werden, die sich dem Klimawandel als besonders robust und widerstandsfähig erweisen. Das gilt bei der Bepflanzung von Straßenbegleitgrün und bei Neuanpflanzungen bei Ausgleichsmaßnahmen. Haushaltsmittel sind in auskömmlicher Höhe zu beziffern und in den Haushalt 2021 einzustellen.	Der Klimawandel schreitet spürbar auch in Neustadt a. Rbge voran. Durch die Verwendung von Pflanzen, die sich dem Klimawandel als robust und widerstandsfähig erweisen, können Ressourcen bei der Bewässerung und der Pflege eingespart werden. Ein Austausch der Bäume und Pflanzen nach einigen Jahren durch absterben und Vertrocknung kann ebenfalls entgegengewirkt werden.	67 Stadtgrün	Der Fachdienst Stadtgrün wird konzeptionelle Vorschläge zur Verwendung klimaresistenter Bäume und Pflanzen in öffentlichen Grünflächen und Straßenbegleitgrün unterbreiten. Vor allem im Hinblick auf Ausgleichspflanzungen werden Einsatzmöglichkeiten und Restriktionen heimischer Gehölzarten berücksichtigt.	Frau Itrich zieht Teile des Antrags zurück (s. durchgestrichenen Text des Antrags). Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.
12.	UWG	Herstellung von Überwegen Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Herstellung von Überwegen für Radfahrende und Fußgänger im Verlauf der Strecke „An der Torfbahn“ an den Straßen Kornstraße, Hans-Böckler-Straße und Im Heidland zu veranlassen (analog zum aktuell geplanten Überweg „An der Eisenbahn“). Für die Maßnahme werden 50.000 € in den Haushalt 2021 eingestellt.	Diese Maßnahme würde zu einer deutlichen Stärkung des Radverkehrs führen. Außerdem ergebe es in Kombination mit dem bereits geplanten Überweg „An der Eisenbahn“ ein schlüssiges Konzept für eine bessere Anbindung der südlich der Landwehr gelegenen Wohngebiete an den Bahnhof/ZOB.	66 Tiefbau	Die Herstellung der Überwege wird von der Verwaltung zur Förderung des Radverkehrs begrüßt.	Herr Ehler merkt an, dass der Antrag mit dem Antrag der SPD-Fraktion "Sanierung Weg An der Torfbahn" (lfd. Nr. 36) korrespondiere und daher eine gemeinsame Abstimmung unter der lfd. Nr. 12 erfolgen könne. Daraufhin wird der Antrag mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.
13.	UWG	Getrennte Wassersysteme Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei Neubauten der Stadt Neustadt a. Rbge, wie z.B. Kindertagesstätten, Feuerwehrgereihäusern, Schulen oder Turnhallen, Vergleichsberechnungen für ein getrenntes Wassersystem (Trink- und Brauchwasser) vorzunehmen und ein Konzept zu erstellen. Die Vergleichsberechnungen sollen sich mindestens über einen Zeitraum von 35 Jahren erstrecken, da davon auszugehen ist, dass durch Verknappung der Wasserpreis konstant ansteigt. Ein getrenntes Wassersystem ist über einen längeren Zeitraum eher wirtschaftlich darstellbar. Haushaltsmittel sind in auskömmlicher Höhe zu beziffern und in den Haushalt 2021 einzustellen.	Der Klimawandel schreitet spürbar auch in Neustadt a. Rbge voran. Der Kampf um sauberes Wasser ist längst entbrannt und wird auch in Neustadt durch steigende Preise sichtbar werden. Getrennte Wassersysteme sind bei Neubauten schon vielfach umgesetzt. Die Kommune hat gerade bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Vorbildfunktion.	91 Immobilien	Bei zukünftigen Neubauten kann die technische Umsetzbarkeit geprüft und eine Vergleichsrechnung durchgeführt werden. Die Kosten für die Berechnung und Umsetzung können noch nicht beziffert werden und wären zunächst aus den geplanten Haushaltsansätzen zu begleichen. Sofern diese nicht ausreichen, wären Mittel überplanmäßig bereitzustellen.	Frau Itrich zieht Teile des Antrags zurück (s. durchgestrichenen Text des Antrags). Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.
14.	UWG	Fahrrad-Servicestationen Die Stadtverwaltung wird beauftragt, geeignete Plätze zum Aufbau von vorerst 5 Fahrrad-Servicestationen auszuwählen und dem Rat vorzuschlagen. Die Fahrrad-Servicestationen sollen sowohl in der Kernstadt als auch im ländlichen Bereich aufgebaut werden. In den Haushalt 2021 sind 12.000 € für die Maßnahme einzustellen. Förderungen sind für diese Maßnahme zu beantragen.	Im Rahmen der Förderung des Radverkehrs sind Fahrrad-Servicestationen ein wichtiger Beitrag. Die Station enthält Werkzeug zur Fahrradreparatur (von Schlüsseln bis zur Luftpumpe) und kann von allen Radfahrern benutzt werden. Die Stadt Hemmingen ist ein Vorreiter bei der Aufstellung dieser Servicestationen.	66 Tiefbau	Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet. Voraussichtlich wird bereits im Frühjahr 2021 durch die Region Hannover eine Servicestation am ZOB in Neustadt aufgestellt.	mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung beschlossen
15.	UWG	Bürgeradwege Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Prüfung der Machbarkeit zur Planung und Umsetzung sogenannter „Bürgeradwege“ durchzuführen. Haushaltsmittel sind in auskömmlicher Höhe zu beziffern und in den Haushalt 2021 einzustellen. Folgende Verbindungen werden dabei priorisiert: – Fahrradweg Suttorf – Basse – Fahrradweg Welze – Wulfelade	Diese Maßnahme würde zu einer deutlichen Stärkung des Radverkehrs führen. Bei den vorgeschlagenen Strecken handelt es sich um Forderungen der Ortsräte. Fördermittel sind über die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zu beantragen. Mit dieser Maßnahme könnten wichtige Lücken im Radwegenetz geschlossen werden und so die Infrastruktur in den Dörfern verbessert werden. Da sich die NLStBV an den Kosten beteiligt, wäre die Finanzierung für die Kommune günstiger und die Unterhaltung der sogenannten „Bürgeradwege“ übernimmt das Land Niedersachsen.	66 Tiefbau	Die Stadtverwaltung wird Kontakt mit der NLStBV aufnehmen, um sich über die Voraussetzungen, Fördermöglichkeiten und die Randbedingungen zu den "Bürgeradwegen" zu informieren. Die Politik wird über das Ergebnis informiert. Haushaltsmittel sind hierfür nicht erforderlich.	Frau Itrich zieht Teile des Antrags zurück (s. durchgestrichenen Text des Antrags). Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.
16.	UWG	Bewässerung Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Bewässerung der öffentlichen Grünflächen ein Konzept zu erarbeiten. Ziel ist es, ein alternatives Bewässerungskonzept für Neustadt zu haben, damit nicht mehr mit kostbarem Trinkwasser gewässert wird. Haushaltsmittel sind in auskömmlicher Höhe zu beziffern und Höhe von 15.000 EUR in den Haushalt 2021 einzustellen.	Der Klimawandel schreitet spürbar auch in Neustadt a. Rbge voran. In den Medien ist die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser gerade in den Sommermonaten ein herausragendes und bedeutendes Thema. Die Wasserversorger klagen über Knappheit beim Trinkwasser und die Aufforderungen in den lokalen Medien, Wasser zu sparen, erwecken den Eindruck, dass die Wasserversorgung für Neustadt möglicherweise auf Dauer nicht mehr gewährleistet ist. Daher müssen dringend Alternativen zur Bewässerung geschaffen werden.	67 Stadtgrün	Der Antrag zur Prüfung alternativer Bewässerungsmöglichkeiten und möglicher Standorte zur Regen-/Brauchwassernutzung wird begrüßt. Hierzu ist ein fachkundiges Planungsbüro zu beauftragen. Anschließend wäre vor einer Nutzung von Brauchwasser/Grundwasser i.d.R. ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren anhängig, bei dem für die Antragsstellung auf Wasserentnahme eine Entwurfs- und Genehmigungsplanung vorliegen müssen. Für ein erstes Konzept sowie für die erste Entwurfs- und Genehmigungsplanung sind rd. 15.000 € in den Haushalt 2021 einzustellen. Bei der Umsetzung alternativer Bewässerungsmöglichkeiten sind ab 2022 weitere Finanzmittel für bauliche Herrichtungsmaßnahmen einzustellen.	Frau Itrich konkretisiert den Antrag insofern, dass Haushaltsmittel in Höhe 15.000 EUR eingestellt werden sollen. Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
17.	UWG	Fahrradfreundliche Kommune Die Stadt Neustadt a. Rbge tritt der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen bei. In den Haushalt 2021 sind für diese Maßnahme 2.500 € einzustellen.	Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) bildet ein wertvolles Netzwerk für Städte, Gemeinden und Landkreise und unterstützt diese, den Radverkehr zu fördern. Es sind schon über 55 Kommunen dem Netzwerk beigetreten. Von dem fachlichen Austausch in dem Netzwerk profitieren alle teilnehmenden Kommunen. Die AGFK unterstützt die Kommunen und schafft Synergieeffekte hinsichtlich des Personal-, Zeit- und Kosteneinsatzes. Die AGFK setzt sich gegenüber dem Land und dem Bund sowie anderen Akteuren für die kommunalen Interessen ein. Dies berührt Themen der Investitionen in den Radverkehr, Fördermöglichkeiten und stärkt die Rolle des Radverkehrs in der Öffentlichkeit. Die AGFK bündelt die Interessen und verleiht ihnen dadurch ein stärkeres Gewicht.		Die Zuständigkeit für die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur ist beim Fachdienst Tiefbau angesiedelt. Hinsichtlich der touristischen Routen findet hier ein regelmäßiger Austausch statt. Grundsätzlich wird eine Mitgliedschaft in der AGFK befürwortet, zumal es sich hier um eine unterstützenswerte Solidargemeinschaft handelt, die sich für alle Kommunen einsetzt und Informationen vermittelt. Allerdings ist zu bedenken, dass über die Leistung des jährlichen Beitrages hinaus verschiedene Voraussetzungen an eine Mitgliedschaft gekoppelt sind. Diese sind: Politische Beschlussfassung zur Grundsatzentscheidung für die kommunale Radverkehrsförderung. Benennung einer festen Ansprechperson innerhalb der Kommunalverwaltung für den Radverkehr nach außen. Hinwirken auf die Erfüllung der Voraussetzungen für die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“. Bereitschaft zur Mitarbeit in der AGFK und zur Unterstützung, beispielsweise durch die aktive Teilnahme an der Mitgliederversammlung, dem ständigen AK Radverkehr und/oder in einer thematischen Arbeitsgruppe oder durch die Bereitschaft zur Unterstützung/Ausrichtung von Veranstaltungen u. Ä. Insbesondere das „Hinwirken auf die Erfüllung der Voraussetzungen für die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“ kann als finanziell und personell aufwendig betrachtet werden und ist mit den derzeitigen Ressourcen auf Dauer nicht darstellbar. Die zeitliche Aufwand für die aktive Mitarbeit in AGs oder bei Veranstaltungen ist momentan nicht absehbar. Informationen über Förderprogramme werden auch durch das Regionalmanagement an die Stadt Neustadt herangetragen. Die Region Hannover ist bereits Mitglied in der AGFK. Hier wäre zu prüfen, inwiefern regionsangehörige Kommunen von dieser Mitgliedschaft profitieren können.	einstimmig beschlossen
18.	CDU	Überführung der Kitas in die freie Trägerschaft Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den freien Trägern Verhandlungen aufzunehmen, um auch einzelne bestehende und dafür geeignete Kitas gemäß dem neuen Kita-Konzept in freie Trägerschaft zu überführen.	Gemäß dem neuen Kita-Konzept sollen bestehende Einrichtungen an freie Träger überführt werden. Dazu sollen die Verhandlungen aufgenommen werden. Durch eine stärkere Einbindung der vielfältig vorhandenen Trägerlandschaft soll das gesamte Angebot in unsere Stadt für Eltern, Kinder und Familien noch besser bewältigt werden. Andere Städte, wie z.B. unsere Nachbarstadt Wunstorf setzen sehr intensiv auf die Einbindung der vorhandenen Trägerlandschaft.	51 Kinder und Familien	In Neustadt a. Rbge. besteht schon eine große Trägervielfalt. Bereits im Jahr 2019 wurden die freien Träger nach einem Interesse zur Übernahme von kommunalen Kitas in die freie Trägerschaft befragt. Die Resonanz war eher gering. Festzustellen war, dass, wenn überhaupt ein Interesse an der Übernahme bestand, dann eher an großen Einrichtungen und im Kernstadtbereich. Auf diese Weise kann also keine größere Vielfalt in den Stätten erreicht werden. In der Kernstadt werden aktuell nur zwei Kitas in kommunaler Trägerschaft betrieben - das Kinder- und Jugendhaus Dyckerhoffstraße und die Kita Ahnsforth. Mit der Kita Auengärten kommt im Frühjahr 2021 eine weitere kommunale Kita hinzu.	Herr Wesemann konkretisiert den Antrag insofern, dass einzelne und geeignete Kitas in die freie Trägerschaft zu überführen sind. Daraufhin wird der geänderte Antrag mit 10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich beschlossen.
19.	CDU	Digitalisierung Der Bürgermeister wird beauftragt, die Digitalisierung — auch mit weiterer externer Hilfe - aktiv voranzutreiben. Wir wollen zu diesem Thema Modellkommune für das Land Niedersachsen werden. Wir wollen durch aktive (!) Digitalisierung dem demographischen Wandel vorbeugen und Kosten senken (smartes Rathaus). Dazu ist eine stringente Prozessanalyse erforderlich. Dafür werden 100.000 EUR in den Haushalt eingestellt.		10 Zentrale Dienste	Die Verwaltung wird in Sachen Digitalisierung aktiv weiterarbeiten, insbesondere mit dem Versuch starten, Modellkommune in Sachen „Smartes Rathaus“ zu werden. Dazu werden umgehend Kontakte mit dem Land Niedersachsen aufgenommen, um das Ziel zu erreichen. Prozessanalysen werden in diesem Zusammenhang vorbereitet.	Herr Wesemann ergänzt den Antrag insofern, dass Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR eingestellt werden sollen. Daraufhin wird der Antrag einstimmig beschlossen.
20.	CDU	Externe Vergabe von Projektplanungs- und Projektsteuerungsarbeiten für Hoch- und Tiefbauprojekte Der Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen des kommunalrechtlich zulässigen Umfangs, auch Projektplanungs- und Projektsteuerungsarbeiten für Hoch- und Tiefbauprojekte extern zu vergeben.	Wie sich zeigt, wird es für die Stadt Neustadt immer schwieriger für die Planung und Steuerung städtischer Hoch- und Tiefbauprojekte notwendige Ingenieurstellen zu besetzen. Dieses hat zur Folge, dass die Realisierung einzelner städtischer Entwicklungsprojekte zeitlich gestreckt werden muss. Zur Vermeidung personalmangelbedingter zeitlicher Verzögerung städtischer Entwicklungsprojekte sind daher Projektplanungs- und Projektsteuerungsarbeiten für einzelne Entwicklungsprojekte, soweit kommunalrechtlich zulässig, an geeignete Dritte zu vergeben.	91 Immobilien 66 Tiefbau	Es werden bereits jetzt diverse Planungs- und Steuerungsarbeiten, da wo sinnvoll und notwendig, an externe Auftragnehmer vergeben. Dieser Weg sollte weiter verfolgt werden. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass ein nicht unerheblicher Anteil an Arbeiten nicht extern vergeben werden kann. (Stichwort: Ausübung Bauherrenfunktion.)	einstimmig beschlossen

Ifd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
21.	CDU	<p>Übertragung städtischer Bestandsimmobilien auf die Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH</p> <p>Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bewirtschaftung und die Vermarktung städtischer Bestandsimmobilien auf die Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH bzw. auf die Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH sukzessiv zu übertragen.</p> <p>Wirtschaftliche Nachteile für die Stadt Neustadt a. Rbge., die Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH sowie für den Konzern insgesamt sind im Einzelnen zu prüfen und auszuschließen.</p>	<p>Seit Frühjahr 2020 existiert die „Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH“. Geschäftsfeld des Unternehmens ist u.a., die Sanierung, der Bau, Verwaltung, Vermittlung, Vermietung, Betrieb und Vermarktung von Wohn-, Miet und Gewerbeimmobilien, sowie auch die damit zusammenhängende Entwicklung und Realisierung von Energiekonzepten für derartige Immobilien.</p> <p>Im Rahmen des kommunalwirtschaftlich Zulässigen ist der Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH die Bewirtschaftung städtischer Bestandsimmobilien (Verwaltung, Vermietung, Betrieb, Bewirtschaftung und Sanierung) zu übertragen. Für abzugebende Bestandsimmobilien ist der „Neustädter Immobiliengesellschaft a. Rbge. GmbH“ die Vermarktung zu übertragen.</p>	FBL 3 SG 230	<p>Zielsetzung, Umfang (welche Immobilien, welche Aufgaben genau?), Art (Eigentumsübertragung?), steuerliche, finanzielle Aspekte, Auswirkungen auf Personal etc. sind zu diskutieren/prüfen, damit bei einer eventuellen Umsetzung gesamtstädtisch auch ein positiver Effekt erzielt wird. Für eine etwaige Beratung sollten zusätzlich 5.000 EUR veranschlagt werden.</p>	<p>Herr Wesemann ergänzt den Antrag insofern, dass die Übertragung der Grundstücke sukzessiv und auch auf die Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH (WBN GmbH) erfolgen solle. Zudem seien wirtschaftliche Nachteile für die Stadt Neustadt a. Rbge., die Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH (WBN GmbH) sowie für den Konzern insgesamt jeweils zu prüfen und auszuschließen.</p> <p>Daraufhin wird der Antrag einstimmig beschlossen.</p>
22.	CDU	<p>Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten</p> <p>Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Intensivierungsstrategie für das Ausweisen von Baugebieten und Gewerbegebieten zu erarbeiten.</p>	<p>Wir wollen einen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Bau- und Gewerbegebieten legen. Es soll ebenfalls geprüft werden, wie diese Verfahren beschleunigt werden können. Insbesondere wird durch diese Maßnahme die Einnahmeseite des städtischen Haushaltes mittel- und langfristig profitieren. Mehr Baugebiete stärken das Aufkommen bei der Grundsteuer. Mehr Gewerbegebiete stärken das Aufkommen bei der Gewerbesteuer.</p>	61 Stadt- planung	<p>Sowohl in der Kernstadt als auch in allen ländlichen Kleinzentren bzw. den kooperierenden ländlichen Kleinzentren (Hagen, Eilvese, Mandelsloh, Helstorf, Mardorf und Bordenau) werden zurzeit bedarfsgerecht ein oder mehrere Bebauungspläne je Stadtteil für Wohnbauland aufgestellt. Des Weiteren werden in acht der ländlich strukturierten Siedlungen mit Eigenentwicklungsfunktion Wohnbauland entsprechend der Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) ausgewiesen. Bei der Entwicklung von neuen Wohnbauflächen wird die Auslastung bei gleichzeitiger Vermeidung der Überlastung von sozialen Infrastruktureinrichtungen wie Grundschule und der Kita-Bereich berücksichtigt. Gemäß dem Ziel, der Innenentwicklung den Vorzug vor der Außenentwicklung einzuräumen, werden eine Vielzahl von kleineren Plangebiet der Nachverdichtung bearbeitet. Gewerbegebiete werden schwerpunktmäßig in der Kernstadt und auch in den ländlichen Kleinzentren ausgewiesen. Weitere Ziele, wie Förderung des Tourismus, Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für Straßenbaumaßnahmen sowie Infrastrukturmaßnahmen (Feuerwehren, Rathaus), benötigen Bauleitplanungen. Somit sind zurzeit neben anderen Aufgaben, wie Dorferneuerungsplanungen, LEADER, Rahmenkonzepten und Gestaltungssatzungen 57 Bauleitplanungen in Bearbeitung. Weitere städtebauliche sinnvolle Planungen stehen auf der Warteliste. Das Verfahren für die Aufstellung von Bauleitplänen ist im BauGB geregelt. Gesetzlich vorgesehene Beschleunigungsmöglichkeiten werden im Einzelfall geprüft und angewendet. Die Vergrößerung des Planungsumfanges ist nur bei Erweiterung der personellen Kapazitäten möglich.</p>	einstimmig beschlossen
23.	CDU	<p>Nachwuchsgewinnungsprogramm Ingenieure</p> <p>Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Gewinnung von Ingenieuren im Zusammenwirken mit Hochschulen ein „Nachwuchsgewinnungsprogramm Ingenieure“ (Duales Studium) zu erstellen.</p> <p>Es werden Mittel in Höhe von 20.000 EUR in den Haushalt eingestellt.</p>	<p>Wie sich zeigt, wird es für die Stadt Neustadt immer schwieriger, für die Planung und Steuerung städtischer Entwicklungsprojekte im Hoch- und Tiefbau, notwendige Ingenieurstellen über Ausschreibungen zu besetzen. Dieses hat zur Folge, dass die Realisierung einzelner städtischer Entwicklungsprojekte zeitlich gestreckt werden muss. Zur Gewinnung von Ingenieuren ist daher im Zusammenwirken mit Hochschulen ein „Nachwuchsgewinnungsprogramm Ingenieure“ zu erstellen. Grundlage sollten die vom Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) entwickelten und seit Jahren erfolgreich praktizierten Dualen Studienprogramme „abiStudiumGeoIT (ausbildungsintegriertes Studium, das Studium kooperativ mit der beruflichen Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf verbindet) und biStudiumGeoIT (Aufbaustudium für anerkannte Ausbildungsberufe kombiniert mit Teilzeitbeschäftigung im Rahmen der betrieblichen Praxisphasen) bilden.</p>	11 Personal	<p>Ein Nachwuchsförderprogramm in Form eines Dualen Studiums für Architekten (in Kooperation mit der IUBH) wurde bereits erstmals im Jahr 2020 (Start 01.10.2020) bei der Stadt Neustadt a. Rbge. installiert und auch besetzt. Sollte sich dieser Studiengang mit Erfolg für die Stadt Neustadt a. Rbge. durchsetzen, wäre ein zusätzliches Budget zur Fortsetzung und Weiterentwicklung des Studiengangs wünschenswert und auch erforderlich.</p>	<p>Herr Wesemann ergänzt den Antrag insofern, dass Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR eingestellt werden sollen.</p> <p>Daraufhin wird der Antrag einstimmig beschlossen.</p>
24.	CDU	<p>Ausschreibungsverfahren</p> <p>Der Bürgermeister wird beauftragt, das Ausschreibungsverfahren (Stellenausschreibungen, Anzeigen, Portale, ...) für zu besetzende Stellen qualitativ und vor allem zielgruppenadäquat zu verbessern.</p> <p>Es werden Mittel in Höhe von 8.000 EUR in den Haushalt eingestellt.</p>	<p>Wie sich zeigt, können Stellen teilweise nur sehr schwer besetzt werden. Umso wichtiger ist es, dass die Ausschreibungen, Anzeigen, etc. ... attraktiv und zielgruppengerecht gestaltet werden. Außerdem sollen weitere Portale eingebunden werden, die insbesondere von jungen Nachwuchskräften genutzt werden. Dadurch soll insbesondere bei dieser Zielgruppe die Attraktivität der Stadtverwaltung Neustadt gesteigert werden.</p>	11 Personal	<p>Erste Schritte für eine Erweiterung einer adäquaten und zielgruppenorientierten Personalakquise sind bereits im Jahr 2020 eingeleitet worden. So ist beispielsweise eine Veröffentlichung einer Stellenausschreibung auf dem Karriereportal „Xing“ getestet worden. Weitere Möglichkeiten, u.a. auch unter Nutzung neuer Medien, sollen im Jahr 2021 weiter geprüft werden. Um eine Weiterentwicklung umsetzen zu können, wäre es sinnvoll das Budget zu erhöhen.</p>	<p>Herr Wesemann ergänzt den Antrag insofern, dass Haushaltsmittel in Höhe von 8.000 EUR eingestellt werden sollen.</p> <p>Daraufhin wird der Antrag einstimmig beschlossen.</p>

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
25.	CDU	Satzung zur öffentlichen Sicherheit für das Stadtgebiet Der Bürgermeister wird beauftragt, eine städtische Satzung zur öffentlichen Sicherheit für das Stadtgebiet zu erarbeiten.	Die "Verordnung über die öffentliche Sicherheit in der Stadt Neustadt" ist veraltet und hat ihre Gültigkeit mit Ablauf des 06.01.2019 verloren. Sie bezog sich zudem nur auf die Hundehaltung. Es ist erforderlich neue Regeln zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu entwickeln und eine Verordnung auf den Weg bringen, die das Zusammenleben im Stadtgebiet verbessert, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger stärkt und die Aufenthaltsqualität in der Stadt steigert. Die Verordnung kann sich an bestehenden Verordnungen regionsangehöriger Kommunen oder Nachbargemeinden orientieren. Die neue Verordnung soll zeitgemäßer und breiter gefasst sein, um das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit für ein geordnetes menschliches Miteinander nachvollziehbar zu regeln. Beispiele sind der Schutz öffentlicher Verkehrsflächen und Anlagen, damit andere Personen nicht gefährdet, belästigt, beeinträchtigt oder behindert werden. Dazu zählen etwa Verbote für das Übernachten und Zelten, aggressives Betteln, die Müllentsorgung und das Urinieren in der Öffentlichkeit. Hunde sollten im öffentlichen Raum nicht unbeaufsichtigt sein und in der Fußgängerzone an der Leine geführt werden. Vorschriften auf Spiel- und Bolzplätzen können erfasst werden. Hier ist der Verzehr von alkoholischen Getränken grundsätzlich zu verbieten. Auch gut sichtbar und lesbar zur Straßenseite angebrachte Hausnummern sind erforderlich (z.B. um Rettungskräften die Orientierung zu erleichtern). Parallel zu den Vorschriften soll ein entsprechender Verwarngeldkatalog erarbeitet werden.	32 Bürger- service	Es gibt bereits einen ersten verwaltungsinternen Entwurf einer Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Neustadt am Rübenberge, der die genannten Bereiche entsprechend abdeckt, derzeit intern abgestimmt wird und dann in den Gremienlauf geht.	einstimmig beschlossen
26.	CDU	Grundschule Bordenau Der Bürgermeister wird beauftragt, für die Grundschule Bordenau eine Bedarfsfeststellung vorzubereiten und einen sinnvollen Vorschlag für eine Sanierung in mehreren Bauabschnitten vorzulegen.	Für die Grundschule Bordenau liegt ein Modernisierungs- und Instandsetzungsgutachten vor (siehe Vorlage Nr. 2020/187/1, Anlage 1, Laufende Nr. 2). Die Kosten einer Vollsanierung würden sich auf ca. 8,2 Mio. EUR belaufen. Als nächster Schritt ist eine Bedarfsfeststellung erforderlich. Aus heutiger Sicht erscheint es sinnvoll, eine Sanierung in mehreren Bauabschnitten vorzunehmen. Dafür soll ein Sanierungsplan in mehreren Bauabschnitten erarbeitet werden.	40 Bildung	Aktuell wird die Grundschule so unterhalten, dass die notwendigsten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Weiternutzung des Gebäudes durch den FD91 ergriffen werden. Vorbehaltlich anderslautender politischer Beschlüsse soll vorerst weiterhin so verfahren werden. Überdies ist anzumerken, dass die Entscheidung über die Wahl der zukünftigen Ganztagsform entscheidend bei der Bauplanung mit berücksichtigt werden muss. Dies ist aktuell nach Kenntnis der Verwaltung völlig offen.	einstimmig beschlossen
27.	FDP	Parkraumbewirtschaftung der Parkplätze am Nordufer des Steinhuder Meeres Die FDP Fraktion möchte den Bürgermeister beauftragen, mit der Region Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Parkplätze am Nordufer des Steinhuder Meeres, die zur Zeit durch die Region Hannover betrieben werden, unentgeltlich, aber mit der Auflage diese zu pflegen, an die Stadt Neustadt abzugeben. In einem zweiten Schritt ist ein Konzept zu erarbeiten, wie durch Parkgebühren Einnahmen für die Stadt erzielt werden können.	Neben der Selbstbewirtschaftung ist auch der Betrieb durch die Wirtschaftsbetriebe, der SMT, dem Verkehrsverein Mardorf oder die Verpachtung an einen privaten Betreiber möglich. Je nach gewähltem Betriebsmodell erwartet die FDP einen Einnahmeüberschuss von 50.000 bis 300.000 €.	32 Bürger- service	Grundsätzlich steht die Verwaltung dem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber, die entsprechenden Parkplätze von der Region Hannover zu übernehmen und auf selbigen eine Gebührenpflicht einzuführen. Voraussetzung dafür ist, dass die Region Hannover diesem Vorschlag folgt. Darüber hinaus muss eine Neufassung/Erweiterung des städtischen Parkgebührenkonzeptes durch den Rat der Stadt Neustadt erfolgen. Prinzipiell sind alle aus Parkgebühren generierten Einnahmen nicht zweckgebunden und fließen in den städtischen Haushalt. Dabei sollten aber nach Möglichkeit die Kosten für die Anschaffung, den Betrieb und die Wartung der Parkscheinautomaten sowie Personalkosten für die Überwachung refinanziert werden. In der Regel rechnet sich die Anschaffung eines Parkscheinautomaten ab fünf bewirtschafteten Stellplätzen. Bei der Entscheidung ist allerdings zu bedenken, dass durch die Einführung einer Parkgebühr voraussichtlich vermehrt Fahrzeuge in umliegenden Straßen abgestellt werden. Dies führt erfahrungsgemäß zu Problemen. Allgemein erscheint eine nachhaltige Durchsetzung der Verkehrs- und Parkgebührenregelung mit dem aktuell vorhandenen Personal zur Verkehrsüberwachung nicht möglich.	einstimmig beschlossen
28.	FDP	Tiny House Der Bürgermeister wird beauftragt, alle rechtlichen Voraussetzungen für Stand-, Stell-, und Grundstücks-Angebote für Tiny Houses, die innerhalb der Stadt Neustadt notwendig sind, abzuklären und entsprechend einzurichten.	Immer mehr Menschen interessieren sich für Tiny Houses. Die Kosten für einen Baugrund oder Stellplatz sollen im richtigen Verhältnis zu den Herstellungskosten des Hauses stehen. Somit konzentriert sich die Suche auf kleine günstige Grundstücke/ Baulücken. Dies könnten auch Miet- oder Pachtgrundstücke sein. Damit wäre die Idee von Flexibilität und Kostenersparnis erhalten und die Stadt würde neue Wege für kleine moderne Wohneinheiten gehen.	61 Stadt- planung	Der Begriff „Tiny-House“ ist nicht genau definiert. Es kann sich um ein Mobilheim, einen größeren Wohnwagen, ein Ferienhaus oder ein kleines Wohnhaus handeln. Für den Fall der dauerhaften Wohnnutzung gelten die gleichen qualitativen planungsrechtlichen sowie bauordnungsrechtlichen Ansprüche, wie für „normale“ Wohngebäude; auch das Gebäude-Energie-Recht ist einzuhalten. Ein speziell für Tiny-Houses zugeschnittenes Baugebiet wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit nicht empfohlen. Tiny-Houses können aber unter der Berücksichtigung der rechtlichen Voraussetzungen in neuen Baugebieten oder auch auf einer der vielen Baulücken realisiert werden. Nicht zulässig ist dauerhaftes Wohnen jedoch in Wochenend-, Ferienhaus- oder Campingplatzgebieten.	einstimmig beschlossen

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
29.	SPD	<p>Die SPD Ratsfraktion der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt den Antrag zur Steigerung der Akquise von Fachkräften - Erzieher*innen sowie Sozialassistent*innen</p> <p>Wir bitten folgende Punkte zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. intensive Werbung (z.B. auf entsprechenden Messeveranstaltungen, Robby, Wirtschafts-WE Wstf, Berufsausbildungsmessen...) 2. Durchführen von Bewerbertrainings in den Abgangsklassen der Schulen (Präsenz vor Ort) 3. Fördermodelle der Ausbildung bzw. Umschulung durch Arbeitsämter möglich (Quereinstieg Arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit Bedrohter) 4. Einführung einer Vergütung für Weiterbildungsmaßnahmen <p>Anmerkung: Der Bund fördert fachliche Karrieren für Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen der Fachkräfteoffensive – Antragstellung ist erforderlich s. Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Akquise von Kita Kräften aus dem nahegelegenen Ausland möglich (nutzen der Chancen unserer Städtepartnerschaften) 6. Schalten von Radiospots (Meerradio, Radio Hannover, Anmelden z.B. Radio zur Diskussion Radio 21 Annette Radyk...), City Light Postern (z.B. bei CarWash NRÜ) 7. Durchführen von Präsenz-Informationsveranstaltungen zur Akquise in den Abgangsklassen der Schulen 8. Einführung von Bonusregelungen (z.B. zur Förderung fachlicher Karrieren; Fördermittel durch das Bundesprogramm des BMFSFJ ?) <p>Dafür werden Mittel in Höhe von 5.000 EUR in den Haushalt eingestellt.</p>	<p>Gute ausgebildete Erzieher*innen tragen dazu bei, allen Kindern in Deutschland Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung, Betreuung und Erziehung zu ermöglichen. Gute Betreuung findet dort statt, wo es motivierte und gut qualifizierte, pädagogische Fachkräfte <u>in ausreichender Zahl</u> gibt. Der Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten steigt durch die Einführung und Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ und damit verbunden, dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung der Kinder.</p>	11 Personal	<p>Hinsichtlich der Steigerung der Personalakquise von Fachkräften im Bereich von Erzieher*innen und Sozialassistenten/Sozialassistentinnen wird die Stadt Neustadt a. Rbge. die aufgeführten Punkte einzeln prüfen. Zur umfänglichen Umsetzung dürfte die Erhöhung des entsprechenden Budgets erforderlich sein.</p>	<p>Herr Ehler ergänzt den Antrag insofern, dass Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 EUR eingestellt werden sollen.</p> <p>Daraufhin wird der Antrag einstimmig beschlossen.</p>
30.	SPD	<p>Betriebskindergarten</p> <p>Die SPD Ratsfraktion der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt den Antrag zur Errichtung eines Betriebskindergartens für alle Mitarbeiter*Innen der Stadtverwaltung der Stadt Neustadt a. Rbge.</p>	<p>Das Hauptargument für die Einrichtung eines Betriebskindergartens liegt darin begründet, dass Mitarbeiter des betroffenen Unternehmens langfristig an dieses gebunden sind. Insbesondere diejenigen, die ganztags arbeiten, können sich über eine enorme Zeitersparnis freuen. Zudem richten sich die Öffnungszeiten der Betriebskita nach den Arbeitszeiten des Unternehmens.</p> <p><u>Für die Errichtung sprechen ferner noch folgende Gründe:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> · Weniger Fehlzeiten: Beschäftigte, die sich keine Sorgen um die Betreuung ihrer Kinder machen müssen, fallen seltener aus. · Die Aufwendungen für die Überbrückung von Ausfallzeiten, Ersatz und Neueinstellungen sowie für die Einarbeitung und Qualifizierung neuer Beschäftigter sinken deutlich. · Schnellerer Wiedereinstieg nach der Elternzeit: Beschäftigte kehren rascher aus der Elternzeit wieder zurück und erhalten ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten aufrecht. · Produktivere Beschäftigte: Erwerbstätige Mütter und Väter, die ihre Kinder während der Arbeitszeit gut betreut wissen, arbeiten stressfreier, motivierter und produktiver. · Mehr Chancengerechtigkeit: Gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung erhöhen die berufliche Chancengerechtigkeit für berufstätige Mütter und Väter. · Hohe Bindung ans Unternehmen: Unternehmen können qualifizierte Beschäftigte auch in der Familienphase halten. · Imagegewinn: Familienfreundliche Unternehmen steigern ihre Attraktivität als Arbeitgeber. Dadurch können sie die Kosten des Personalmarketings deutlich senken 	01 BGM	<p>Die Idee eines Betriebskindergartens gibt es schon lange. Bislang scheiterte das Vorhaben an geeigneten Räumen. Im Zuge der Planung eines neuen Rathauses hatte der Personalrat (PR) eine Abfrage unter den Mitarbeitenden gestartet. Nur zwei Mütter meldeten Interesse an.</p>	<p>Der Antrag wird vorerst zurückgestellt.</p> <p>Herr Baumann teilt nach einer ausführlichen Diskussion sowohl mit den Mitgliedern des FA als auch mit dem Bürgermeister mit, dass die SPD den Antrag umformulieren und diesen dann am 11.01.2021 im Verwaltungsausschuss erneut einbringen werde.</p>
31.	SPD	<p>Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen</p> <p>Der Bürgermeister prüft, ob eine Förderung des barrierefreien Ausbaus von mehr als 8 Bushaltestellen im Jahr möglich ist.</p>	<p>Die Kommunen sind nach §9 Niedersächsisches Straßengesetz Baulastträger für Bushaltestellen. §8 (3) des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) fordert, bis zum 1.1.2022 eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen. In Neustadt gibt es 383 Bushaltestellen, von denen 2018 nur 77 barrierefrei ausgebaut waren (Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover). Bei einem Ausbau von 8 Haltestellen im Jahr wäre das Ziel des PBefG im Jahr 2056, also 34 Jahre zu spät, erreicht. Aus diesem Grund soll eine stärkere Förderung des Haltestellenausbaus im Neustädter Land erreicht werden. Es kann auch nicht Ziel des Landes sein, den Ausbau der Haltestellen in den Kommunen unabhängig von der Anzahl der Haltestellen zu fördern (zum Vergleich zu Neustadt mit 383 Haltestellen: Wennigsen hat 46 Haltestellen).</p>	66 Tiefbau	<p>Die Verwaltung wird den Antrag prüfen.</p>	<p>einstimmig beschlossen</p>
32.	SPD	<p>Wiederverwendung von ausgemusterten Einsatzanzügen</p> <p>Ausgemusterte Einsatzanzüge an Feuerwehren abgeben.</p> <p>Umformulierung: Der Fachausschuss (FuO) soll prüfen, wie mit nicht mehr benötigten Einsatzanzügen umgegangen werden kann.</p>	<p>Im Februar 2021 werden die Feuerwehren der Stadt Neustadt mit neuen Einsatzanzügen ausgestattet. Die alten Einsatzanzüge finden somit keine Verwendung mehr bei den Feuerwehren. Bevor man die alten Einsatzanzüge entsorgt sollten wir prüfen, ob sie in anderen bedürftigen Ländern noch Verwendung finden.</p>	30 Feuerwehr	<p>Der Antrag entspricht der Überlegung des FD 30. Es muss allerdings noch geprüft werden, ob es evtl. Haftungsprobleme gibt. Ebenfalls muss noch geklärt werden, welche (ausländischen) Feuerwehren dafür in Frage kommen.</p>	<p>Der Antrag wird in einen Prüfauftrag umformuliert und daraufhin einstimmig beschlossen.</p>

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
33.	SPD	Kulturtopf Der Kulturfördertopf der Stadt Neustadt soll auf 40.000 Euro erhöht werden.	Die Kulturschaffenden in Neustadt am Rübenberge haben durch die Pandemie enorme Nachteile in ihrer wichtigen Arbeit. Um den Wiederanlauf im Jahr 2021 zu unterstützen ist es wichtig auskömmliche finanzielle Mittel bereitzustellen.	40 Bildung	Sofern der Antrag tatsächlich auf die Aufstockung des Kulturfördertopfes (siehe auch Ziffer 4) abzielt, wird die Erhöhung ausdrücklich begrüßt.	Unter der Prämisse, dass im Bedarfsfall über den Beschluss einer überplanmäßigen Ausgabe zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, verständigen sich die Mitglieder des FA auf die Erhöhung des Ansatzes um 10.000 EUR auf 30.000 EUR (s. Beschluss zur lfd. Nr. 4).
34.	SPD	Bedarfsfeststellung der Obdachlosenunterkunft Moordorfer Straße in Poggenhagen Die SPD Ratsfraktion der Stadt Neustadt am Rübenberge stellt den Antrag auf Bedarfsfeststellung der Obdachlosenunterkunft Moordorfer Straße in Poggenhagen. Es soll geprüft werden, wie viel Raumbedarf und welche Raumqualitäten erforderlich sind und wie sie umgesetzt werden.	Die Bausubstanz der Obdachlosenunterkunft Moordorfer Straße in Poggenhagen weist einen eklatant maroden Zustand auf. 66 Personen wohnen in den angemieteten Häusern, die einer Sanierung bedürfen. In dem städtischen Gebäude Hausnummer 13 stehen 20 Einzelzimmer für Durchreisende zur Verfügung. Dieses Gebäude weist optisch die größten Mängel auf. Gerade während der COVID-19-Pandemie ist die Kommune in der Pflicht die wohnungslosen Menschen zu betreuen und zu versorgen um weitestgehend ihren Schutz gewährleisten zu können.	50 Soziales	Beide Anträge (lfd. Nr. 5 und 34) beziehen sich auf die Obdachlosenunterkünfte „Moordorfer Straße“. Zu differenzieren ist insofern, als die 24 Wohnungen in den Objekten Moordorfer Straße 5, 7, 9 und 11 vom Bauverein Neustadt a. Rbge. angemietet sind; der Mietvertrag wurde Ende 2019 für fünf weitere Jahre verlängert. Die Schlichtunterkunft Moordorfer Straße 13 dagegen ist städtisches Eigentum. Dort gibt es 20 Einzelzimmer, wovon eines als Hausmeisterbüro und eines als „Frauendurchreise“ genutzt wird, und 8 Doppelzimmer, wovon eines als „Männerdurchreise“, eines als Lager und ein weiteres ebenfalls als „Frauendurchreise“ dienen. Jeder Bewohnerin bzw. jedem Bewohner steht eine Toilette in den vier Gemeinschaftsanlagen zur Verfügung. Zu jeder der vier „Relings“ gehört eine Gemeinschaftsdusche sowie eine -küche. Dies vorausgeschickt wird unterstellt, dass die Anträge darauf gerichtet sind, die Wohnverhältnisse in der Unterkunft „Moordorfer Straße 13“ zu verbessern. Eine Beschreibung der Wohnbedürfnisse in „qualitativer“ Hinsicht sollte durch den FD 52 erfolgen. Soweit es um die mengenmäßige Inanspruchnahme geht, kann bestätigt werden, dass die Anzahl der Zimmer in der Regel ausgereicht hat. Ein ausreichender Leerstand ist für akute „Notfälle“ verfügbar gewesen.	s. lfd. Nr. 5
35.	SPD	OVP Erhöhung der Entschädigung für Maschinenstunden der Ortsvertrauenspersonen. Umformulierung: Die Verwaltung soll die Erhöhung der Entschädigung für Maschinenstunden der Ortsvertrauenspersonen prüfen.	Die Ortsvertrauenspersonen (OVP) sind ein wichtiger Bestandteil in einer Dorfgemeinschaft. Durch deren Idealismus wird eine hervorragende Arbeit in den Stadtteilen geleistet, sie werden aber nicht gerecht dafür entschädigt. Die in den Ortsteilen anfallenden Arbeiten können weder personell noch technisch durch die Verwaltung bzw. durch den Bauhof geleistet werden. Das äußere Erscheinungsbild eines Stadtteiles spiegelt auch das Ansehen einer gesamten Stadt wider. Die Entschädigungen für die Ortsvertrauenspersonen muss neu geregelt werden, da die OVP quasi arbeitsrechtlich als Mitarbeiter der Verwaltung zu sehen sind. Hier wird nun die Neuregelung der Entschädigung für geleistete Maschinenstunden beantragt. Die OVP nutzen für die anfallenden Pflegearbeiten eigene motorbetriebene Maschinen wie z. B. Trecker, Freischneider, Heckenscheren, Rasenmäher pp. Dabei werden Messer, Faden oder sonstiges Verbrauchsmittel durch die Maschinenstunden entschädigt. Die Kosten für Verbrauchsmaterialien (Treibstoff, Messer, Faden) n stressfreier, motivierter und produktiver. · Mehr Chancengerechtigkeit: Gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung erhöhen die berufliche Chancengerechtigkeit für berufstätige Mütter und Väter. · Hohe Bindung ans Unternehmen: Unternehmen können qualifizierte Beschäftigte auch in der Familienphase halten. · Imagegewinn: Familienfreundliche Unterne	66 Tiefbau 67 Stadtgrün	Eine Erhöhung für Maschinenstunden der Ortsvertrauenspersonen wird erneut geprüft.	Der Antrag wird in einen Prüfauftrag umformuliert und daraufhin einstimmig beschlossen.
36.	SPD	Sanierung Weg "An der Torfbahn" Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Weg „An der Torfbahn“ in Neustadt a. Rbge zu modernisieren.	Der Weg „An der Torfbahn“ stellt eine wichtige west-östliche Wegeverbindung für die südlich der Landwehr gelegenen Wohngebiete dar. Es ist zu prüfen, inwiefern eine Verbesserung des derzeitigen Wegezustandes (Oberflächenqualität, Breite) vorgenommen werden kann, um die Attraktivität dieser Verbindung in Richtung ZOB bzw. Bahnhof für Radfahrende und Fußgänger zu steigern.	66 Tiefbau 67 Stadtgrün	Der Antrag wird befürwortet. Für die Instandsetzung der zwei Wegeabschnitte zwischen Hans-Böckler-Str. und Im Heidland sind zusätzliche Finanzmittel in der Unterhaltung im Produkt 5510660 in Höhe von ca. 40.000 € einzustellen. Aufgrund der beengten Verhältnisse im Abschnitt Hans-Böckler-Str. - Kornstr. ist zudem eine Entwässerungsmulde mit Dränkanal im nördlichen Seitenraum zur Wegeentwässerung anzulegen (Kosten oben enthalten), Vorhandene Sträucher müssen dazu bis um 28.02.2021 entfernt werden.	s. lfd. Nr. 12

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
37.	SPD	gesundes, regionales und klimafreundliches Mittagessen an Kitas und Grundschulen Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, gesundes, regionales und klimafreundliches Mittagessen aus dem Neustädter Land für alle zu beliefernden Kindertagesstätten und Grundschulen. Es soll geprüft werden, ob eine oder mehrere Stadt- oder/und Dorfküchen eingerichtet werden können, um für unsere Kinder eine einheitliche, klimafreundliche, gesunde und regionale Ernährung im gesamten Neustädter Land anzubieten.	Das Neustädter Land ist Familienland. Hierzu gehören auch neben der Bereitstellung von Einrichtungen zur Bildung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich das Angebot eines ausgewogenen, abwechslungsreichen und gesunden Mittagessens während der Betreuungszeit. <u>Ist Stand Neustadt a. Rbge.:</u> Zurzeit werden einige Kitas und Grundschulen regional beliefert, andere erhalten unter anderem tiefgefrorenes Essen, das mit einem Konvektor vor Ort erwärmt wird. Damit gibt es unterschiedliche Strukturen in der Essenbelieferung im Neustädter Land.	51 Kita 40 Bilgung	FD 40: Auch die Stadt Neustadt hat ein hohes Interesse an der Versorgung der SuS mit gesunden und frischen Produkten zum Mittagessen. Wie die Einrichtung einer "Stadtküche" ausgestaltet werden kann, wird noch zu erörtern sein und hängt und anderem auch an weiteren organisatorischen Entscheidungen. FD 51: Die Einrichtung von Dorfküchen bedingt das System Warmverpflegung für die Kitas. Dies bedeutet, dass das Essen in einer Zentralküche (=externe Küche/Dorfküche) gekocht und anschließend warmgehalten wird während der Auslieferung in die Kitas und dort weiter bis zur Ausgabe an die Kinder. Aufgrund der geltenden Hygienevorgaben für die Warmverpflegung ist das Essen bei Velassen und während der Standzeit auf einer Temperaturhöhe zu halten, die sämtliche Vitamine im Essen zerstört. In der Regel erfolgt zudem nur eine Auslieferung an die Kitas, dort wird aber zu zwei bis drei verschiedenen Zeiten gegessen (Krippe ca. 11.30 Uhr, Kiga ca.12.00 Uhr und Hort ca. 13 Uhr). Folglich kommt es zu Standzeiten, die bereits ab Fertigstellung des Essens in der Küche beginnen und bis zur Essensausgabe, für den Hort etwa 2 Stunden beträgt. Während dieser Zeit wird das Essen warmgehalten, so dass hier von keiner Essensqualität mehr gesprochen werden kann. Es müssten daher täglich zusätzliche vitaminhaltige Frischeprodukte an die Kinder ausgegeben werden. Aus diesem Grunde wurde sich vom FD 51 bewusst gegen eine Warmverpflegung in den Kitas entschieden. In den anderen Verpflegungsformen (Cook and Freeze (gefroren) oder Cook and Chill (gekühlt) wird das Essen in der Kita fertiggestellt, so dass diese Standzeiten entfallen. Zudem ist die Herstellung und Auslieferung des Mittagessens der Firma apetito klimaneutral durch entsprechende Energierückgewinnung mit der bei der Produktion gearbeitet wird und auch einer entsprechenden Fahrzeugflotte. Eine gerade erst im November in den Kitas durchgeführte Abfrage ergab zudem, dass gerade einmal in zwei Kitas Interesse an einem möglichen Wechsel des Verpflegungssystems (derzeit Wichtelküche) besteht und zwar zu entweder Cook & Freeze oder Cook & Chill. Zudem sollte bedacht werden, dass in Zeiten diverser Essensunverträglichkeiten und Allergien hier Schwierigkeiten mit dem Kochen von Alternativessen entstehen können. Dies leisten aber im großen Umfang (wenn auch nicht für alle Möglichkeiten) durchaus die Anbieter im Bereich Cook & Freeze und Cook & Chill.	Der Antrag wird zurückgezogen.
38.	SPD	Straßenerneuerungsprogramm Die Straßenerneuerungsprogramme 2002, 2006 und 2011 sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Es ist weiter zu prüfen, nach welchen Kriterien und mit welcher Priorisierung zukünftig Straßenerneuerungen vorzunehmen sind.	Maßnahmen wie Glasfaserausbau und Entwässerungsarbeiten und andere Tiefbauarbeiten sollten in die Bewertung mit eingezogen werden. Auch ist zu beachten, dass die Straßen der Kernstadt sowohl auch die Straßen im Umland gleichermaßen berücksichtigt werden.	66 Tiefbau	Die Straßenerneuerungsprogramme werden im nächsten Jahr aktualisiert und unter Berücksichtigung diverser Kriterien neu aufgestellt.	Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.
39.	SPD	Straßenpflaster Die Stadtverwaltung prüft, ob Wohnstraßen künftig grundsätzlich als Pflasterfläche, möglichst als gehwegfreie Alternative „Mischungsprinzip“ ausgebaut werden.	Gepflasterte Straßen bieten verschiedene Vorteile. Neben der wohnlicheren Optik ist die Lebensdauer länger. Durch Bau-/Reparaturarbeiten (Leitungen) entstandene Aufbrüche können bei Pflaster problemlos und ohne Unebenheiten mit dem vorhandene-n Material wieder geschlossen werden. Eine Untersuchung auf Schadstoffe ist nicht erforderlich. Durch die vorhandenen Fugen kann Oberflächenwasser teilweise versickern. Frostaufbrüche, wie sie bei bituminösen Straßen immer wieder entstehen, können nicht entstehen. Wenn die Straßen im Mischungsprinzip erstellt werden (keine Hochborde), trägt das automatisch zur gegenseitigen Rücksichtnahme und damit zu höherer Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer bei.	66 Tiefbau	Beim Um- und Ausbau von Straßen wird grundsätzlich fachlich abgewogen, welcher Straßenbelag und Straßenquerschnitt gewählt wird. Hierbei handelt es sich jeweils um Einzelfallentscheidungen in Abhängigkeit von den äußeren Umständen. Die Verwaltung begrüßt die Herstellung von Mischverkehrsflächen in Wohnstraßen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.	Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
40.	SPD	Thermografiekamera Anschaffung einer Thermografiekamera	Im Sinne des Klimaschutzes und einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Bewirtschaftung der städtischen Gebäude ist zu prüfen, ob der Fachdienst Immobilien mit entsprechenden Geräten zur Untersuchung des energetischen Gebäudezustandes auszustatten ist (z.B. Thermografiekamera u.ä.), um selbst derartige Untersuchungen durchzuführen und aus den Ergebnissen gegebenenfalls dringende Maßnahmen zur energetischen Sanierung abzuleiten.	91 Immobilien	Der Antrag wird begrüßt, die Verwaltung schlägt vor, hierfür 20.000 € Investmittel zusätzlich bereitzustellen.	Unter der Prämisse, dass die WBN GmbH eine Thermografiekamera besitzen und unter der lfd. Nr. 21 soeben die sukzessive Übertragung der städtischen Bestandsimmobilien auf die Neustädter Immobiliengesellschaft mbH bzw. auf die WBN GmbH beschlossen wurde, soll der Sachverhalt noch einmal mit dem Fachdienst Immobilien besprochen werden.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	Begründung	zuständig	Stellungnahme der Verwaltung vom 22.12.2020	Beschluss FA 22.12.2020 Wortbeiträge und Begründungen
41.	SPD	Wohnraum für Alleinerziehende Die SPD Ratsfraktion Neustadt a. Rbge beantragt, bezahlbaren Wohnraum für Alleinerziehende, Senioren und junge Familien in den Fokus zu nehmen und entsprechend vorzuhalten.	Wohnungsnot ist eine extreme und sichtbare Form der Armut. Vor allem junge Alleinerziehende sind von Armut und Wohnungslosigkeit betroffen. Alleinerziehende sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen, viele leben unter dem Existenzminimum und deshalb können sie sich kaum eine passende Wohnung leisten. Außerdem kämpfen Alleinerziehende mit vielen Vorurteilen. Alleinerziehend zu sein, kleine Kinder zu haben, vielleicht noch ein Tröste-Haustier im Schlepptau und ein geringes Einkommen – all das sind schlechte Voraussetzungen bei der Wohnungssuche. Die Wohnung hat eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Kinder. Am besten ist es, sie wohnen in einer ausreichend großen, bedarfsgerecht geschnittenen und ausgestatteten Wohnung mit Zugang zum Freien und mit sicheren Spielmöglichkeiten in der Nähe. Kurze Wege zu Kita, Schule und Ärzten sowie Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe sind ebenfalls wichtig. Das alles spiegelt sich neben dem Mietpreis in der Zufriedenheit mit der Wohnsituation wider.	61 Stadtplanung	Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. hat in seiner Sitzung am 03.09.2020 beschlossen, dass in neuen Baugebieten ab 25 Wohneinheiten 20 % als soziale Wohnungen realisiert werden müssen. Dieser neu entstehende geförderte Wohnraum wird auch Alleinerziehenden zur Verfügung stehen. Die Standorte der neuen Wohnbaugebiete werden nach städtebaulichen Kriterien ausgewählt, sodass der qualitative Anspruch an gesunde Wohnverhältnisse und attraktive Umgebung gewährt ist.	Der Antrag wird ergänzt. Danach sollen auch Senioren und junge Familien fokussiert werden. Der geänderte Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.